

Europäische GRUNDRECHTE

Zeitschrift EuGRZ

in Verbindung mit

Prof. Dr. Dr. h. c. Thomas Buergenthal †, GWU, Washington, DC; vorm. Richter am IGH; vordem Präsident des IAGMR, San José
Dr. h. c. Tim Eicke, Richter am Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, Straßburg

Prof. Dr. Dr. h. c. Jochen Abr. Frowein, vorm. Vize-Präsident der Europ. Komm. f. Menschenrechte, vorm. Direktor am MPI, Heidelberg

Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Christoph Grabenwarter, Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Wien; Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien

Prof. Dr. Constance Grewe, Professorin em. an der Université de Strasbourg; vorm. Richterin am Verfassungsgerichtshof von BiH, Sarajevo

Univ.-Prof. Dr. Gerhart Holzinger, vorm. Präsident des Verfassungsgerichtshofes, Wien

Univ.-Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. Juliane Kokott, Generalanwältin am Gerichtshof der Europäischen Union, Luxemburg

Prof. Dr. Christine Langenfeld, Richterin des Bundesverfassungsgerichts, Karlsruhe; Professorin an der Universität Göttingen

The Right Hon. Lord Mance, vorm. Vize-Präsident des Supreme Court of the United Kingdom, London

Prof. Dr. Jörg Paul Müller, Ordinarius em. für öffentliches Recht an der Universität Bern

Prof. Dr. László Sólyom †, vorm. Präsident der Republik Ungarn; vordem Präsident des Verfassungsgerichtshofs, Budapest

Prof. Dr. Dr. h. c. Christian Tomuschat, Professor em. für öffentliches Recht, insb. Völker- und Europarecht, Humboldt-Universität zu Berlin

Herausgegeben von **Dr. h. c. Norbert Paul Engel** †

Schriftleitung **Rechtsanwältin Dr. h. c. Erika Engel**

EuGRZ

31. Oktober 2025

52. Jg. Heft 13-16

ISSN 0341/9800

Seiten 245-396

1. Aufsätze

Andreas Zünd, Straßburg

Fortentwicklung der Menschenrechte und demokratische Legitimität / Überlegungen aus Anlass des 50. Jahrestags des Schweizer Beitritts zur EMRK 245

Dominik Schwab, München

Schwebend existente Urteile in Polen: Dogmatische Kategorienverschiebung im Namen der Rechtsstaatlichkeit ? Das Urteil des EuGH in der Rs. AW „T“ (C-225/22) im Spannungsfeld von Anwendungsvorrang, richterlicher Unabhängigkeit und der Verfahrensautonomie der Mitgliedstaaten..... 250

2. Entscheidungen

EGMR – 20.05.25 – Grundsätzliche Bedeutung der Versammlungsfreiheit (Art. 11 EMRK) / Verbot des Tragens von „Schutzwaffen“ (hier: Plastikvisier, um vor Pfefferspray bei ev. Polizeieinsätzen zu schützen) dient legitimen Zielen (u.a. Aufrechterhaltung der Ordnung) / Strafrechtliche Verurteilung (Geldstrafe von 300,- Euro) hier jedoch nicht gerechtfertigt / *Russ ./.* *Deutschland* 257

EuGH – 04.09.25 – Verpflichtung eines niederen Gerichts, das Urteil eines höheren Gerichts als „nicht existent“ anzusehen / Vorlage aus Polen / „Unbedingte Ergebnispflicht“ in Bezug auf die Überprüfung der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der zur Auslegung des Unionsrechts berufenen Gerichte / Rs. AW „T“ 264

BGer – 03.12.24 – Obligatorium zum elektronischen Behördenverkehr kein Verstoß gegen Wirtschaftsfreiheit (Art. 27 BV) für die von der Neuregelung betroffenen Anwälte und weiteren Parteivertreter / hier: Verwaltungsrechtspflegegesetz des Kantons Zürich (VRG/ZH i.d.F. vom 30.10.2023) Steinmann 272

BGer – 19.03.25 – Freier Telefonverkehr aus der Untersuchungshaft mit der Verteidigung / Anspruch auf „Dauertelefonbewilligung“ grundsätzlich gegeben / Etwaigem Missbrauchspotential kann mit einfachen Mitteln begegnet werden Steinmann 280

VfGH – 24.06.25 – Steiermärkisches Jugendgesetz (§ 27 Abs. 4 StJG) verstößt nicht gegen das Verbot der Zwangs- oder Pflichtarbeit (Art. 4 EMRK) / Die im StJG vorgesehene Möglichkeit, Jugendlichen als Strafmaßnahme die Erbringung einer sozialen Leistung aufzulegen, mit EMRK vereinbar..... Dopplinger 282



N. P. Engel Verlag

www.EuGRZ.info

e-mail: N.P.Engel@EuGRZ.info

Inhaltsverzeichnis EuGRZ 13-16/2025 (Fortsetzung)
--

BVerfG	– 29.09.25 –	Verpflichtung eines kirchlichen Arbeitgebers (Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung) zur Zahlung einer Entschädigung wegen Nichtberücksichtigung einer konfessionslosen Stellenbewerberin verstößt gegen religiöses Selbstbestimmungsrecht des Arbeitgebers / Kriterien für Güterabwägung im Rahmen des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes / Urteil des Bundesarbeitsgerichts im Fall Egenberger aufgehoben.....	287
BVerfG	– 24.06.25 –	Die im Polizeigesetz Nordrhein-Westfalen vorgesehenen Ermächtigungen zur präventiven Überwachung sowohl von Telekommunikation (§ 20c Abs. 1 PolG NRW) als auch von Quellen-Telekommunikation (§ 20c Abs. 2 PolG NRW) sind gerechtfertigt / Verfassungsbeschwerde zurückgewiesen / <i>Trojaner I-Beschluss</i>	320
BVerfG	– 24.06.25 –	Die mit der Neuregelung der Strafprozessordnung eingeführten Rechtsgrundlagen sowohl für eine Quellen-Telekommunikationsüberwachung als auch für die Online-Durchsuchung weitgehend verfassungsgemäß / § 100a Sätze 2 und 3 StPO werden im Umfang ihrer Verfassungswidrigkeit für nichtig erklärt / <i>Trojaner II-Beschluss</i>	338
BVerfG	– 23.09.25 –	Grenzen zulässiger Einschränkung der Berufsfreiheit (Art. 12 GG) im Lichte geänderter tatsächlicher Verhältnisse / Gesetzliche Altersgrenze von 70 Jahren für Anwaltsnotare unvereinbar mit dem Grundgesetz / Bisherige Regelung bleibt bis 30.6.2026 anwendbar	371
3. Dokumentation			
EU	– 22.05.25 –	Offener Brief von 9 EU-Staats- und Regierungschefs / Kritik an der Rechtsprechung des EGMR	389
EuRat	– 24.05.25 –	Stellungnahme des Generalsekretärs des Europarats zu dem offenen Brief der 9 EU-Staats- und Regierungschefs: „Debattieren ist förderlich, aber den Gerichtshof zu politisieren, ist es nicht.“	391
EP	– 22.10.25 –	Entschliebung zu den institutionellen Folgen der EU-Beitrittsverhandlungen (Erweiterung um zehn Länder) / EP schlägt Änderung des Verfahrens nach Art. 7 EUV vor, d.h. Abschaffung der Einstimmigkeit bei Beschlüssen des Rates.....	391
4. Laufende Verfahren			
EGMR	– Jan.-Sept. 2025 –	Befassung der Großen Kammer des EGMR durch Verweisung (Art. 43 EMRK) / Übersicht für den Zeitraum Januar bis September 2025: Insgesamt 50 Verweisungsanträge wurden gestellt / Drei Anträge auf Verweisung wurden angenommen.....	396